

Sprache, Ideologie und Wirklichkeit

Von Dr. K. W. Rothschild, Wien

Die Semantik hat im Laufe der letzten drei Jahrzehnte wertvolle Dienste geleistet. Sie hat uns den Worten gegenüber hellhörig und misstrauisch gemacht. Aber es besteht die Gefahr, dass manche zu hellhörig geworden sind und hinter jedem Wort, hinter jeder Aussage einen emotionalen Abgrund oder eine ideologische Falle wittern. So berauscht sind sie von der Schönheit der semantischen Kritik, dass sie auch dort weisse Mäuse sehen, wo es keine gibt.

Es scheint mir, dass *Hans Albert* in diese Gruppe der allzu Hellhörigen, der allzu Misstrauischen gehört und dass er vor lauter Angst, die Sprache könnte die Realität verfälschen, diese Realität selbst aus den Augen verliert. In einem Artikel «Tautologisches und Ideologisches»¹ nimmt er einen lohntheoretischen Aufsatz *Erich Preisers*² unter die Lupe und glaubt, so manches ideologische Haar darin zu finden. Ist es aber wirklich ideologische Verfälschung, was *Albert* in *Preisers* Artikel beanstandet?

Albert wirft *Preiser* vor, dass er mit dem Begriff «Machteinkommen» (das sind Einkommen, die sich aus dem Besitz an Produktionsmitteln ergeben) ein ideologisches Moment einschmuggle, da ja auch der Besitz des Faktors Arbeitskraft (der zu «Leistungseinkommen» führt) eine Machtposition verschaffe³. Von dieser Ansicht ausgehend, stellt *Albert* fest, dass man – wenn man nur alles Ideologische, alles Normative abstreift – statt des *Preisers*chen Satzes: «Immer ist es... die mit der Verfügung über diese Güter verbundene Macht, die es dem Eigentümer ermöglicht, eine Rente zu erzielen; immer wird sie... auf Kosten des Arbeitseinkommens erzielt», ebenso gut die umgekehrte Formulierung, nämlich dass es «immer die mit der Verfügung über Arbeitskraft verbundene Macht ist, die es dem Arbeiter erlaubt, einen Lohn zu erzielen, und immer wird er auf Kosten der Besitzeinkommen erzielt», akzeptieren könne⁴.

Was ist da passiert? In der Erkenntnis, dass das Wort «Macht» eine ideologische, wertende Färbung haben und willkürlich verschiedenen Erscheinungen zugesprochen werden kann, zieht *Albert* den voreiligen Schluss, dass dies immer (oder meist?) der Fall sein muss und dass durch eine blossige Umbenennung der ideologische, relative Charakter einer Aussage klargelegt wird. *Albert* hat aber übersehen, dass mit «Macht» – was immer der emotionelle Gehalt des Wortes sein mag – sehr reale Verhältnisse bezeichnet werden können und bezeichnet

¹ *Hans Albert*, Tautologisches und Ideologisches. Bemerkungen zu einem Aufsatz von *Erich Preiser*. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 90. Jg. (1954), Heft 2.

² *Erich Preiser*, Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 89. Jg. (1935), Heft 1.

³ *Hans Albert*, a. a. O. S. 222.

⁴ A. a. O. S. 223.

werden, und dass man nicht durch sprachliche Spielereien, sondern erst durch eine Prüfung dieser realen Verhältnisse feststellen kann, ob die Bezeichnung «Machtposition» nur einer bestimmten Erscheinung oder willkürlich verschiedenen Erscheinungen beigelegt werden kann.

Wie liegt die Frage nun in dem konkreten, oben besprochenen Beispiel? Das Wort «Macht» kann offensichtlich zweierlei bedeuten¹. Entweder man meint damit, dass jemand einer Sache mächtig ist (z. B. er besitzt die «Macht der Sprache»), oder man will damit einen Zustand bezeichnen, bei dem jemand (eine Person oder eine Gruppe von Personen) andere Personen dadurch in eine Zwangslage versetzen kann, dass er ihnen gegenüber Mittel – «Gewaltmittel» – anwenden kann, gegen die sie sich nicht mit gleichwertigen Mitteln zur Wehr setzen können. Es ist «Macht» in diesem letzteren Sinne, also eigentlich im Sinne von «Übermacht», die im normalen Sprachgebrauch meistens verwendet wird und offensichtlich ist sie auch in *Preisers* Artikel in diesem Sinn zu verstehen.

So gesehen ist es aber klar, dass man in unserer Zeit den Besitz des Faktors Arbeitskraft nicht *ebensogut* als Machtposition ansehen kann wie den Besitz von Produktionsmitteln. Denn der Faktor Arbeitskraft ist mehr oder weniger gleichmässig verteilt²; *auch der Besitzer von Produktionsmitteln besitzt ihn*. Keiner hat also durch den blossen Besitz von Arbeitskraft eine besondere Machtposition. Er kann seine Arbeitsleistung gegen die Arbeitsleistung eines anderen austauschen: aber die Partner eines solchen Austausches stehen sich als gleichwertige Akteure gegenüber. Eine besondere Machtstellung besteht nicht. Anders jedoch bei den Produktionsmitteln. Die Verfügungsmacht über sie ist im heutigen Kapitalismus in den Händen eines kleinen Kreises konzentriert, während die Mehrzahl der Arbeitsfähigen keine Produktionsmittel besitzt und davon abhängig ist, dass die Produktionsmittelbesitzer ihnen den Zutritt zu den Produktionsmitteln gestatten. Die *Konzentration* des Produktionsmittelbesitzes in relativ wenigen Händen – eine Konzentration, die es bei der Arbeitskraft nicht gibt – ist es also, die eine «Übermacht», eine Machtposition verschafft.

Ein kleines Beispiel wird vielleicht diese Frage der Machtposition verdeutlichen helfen. Nehmen wir an, wir hätten eine Gruppe von Menschen, die alle Analphabeten sind bis auf einen, der lesen und schreiben kann. Dieser eine wird durch diesen *Vorsprung*, den er vor den anderen hat, eine Machtposition besitzen, die er wirtschaftlich ausbeuten mag oder nicht. Lernt nun die ganze Gruppe lesen und schreiben, dann kann man entweder sagen – wie *Albert* es tut –, dass sie nun alle eine Machtposition innehaben, oder aber (und dies scheint dem allgemeinen Gebrauch des Wortes «Macht» besser zu entsprechen) man stellt fest, dass nun die Machtposition des früher allein Schreibkundigen geschwunden ist und keine Machtposition mehr besteht.

¹ Wenn ich sage, das Wort «Macht» *bedeute* etwas, so ist das nur eine vereinfachte Ausdrucksweise. Was ich damit sagen will ist bloss, dass das Wort «Macht» in diesem Sinn allgemein verwendet und verstanden wird.

² Der Fall überdurchschnittlicher Qualifikationen steht hier nicht zur Diskussion. Er wird sowohl von *Preiser* wie von *Albert* als spezielles Problem gewürdigt und kann hier ausser Betracht gelassen werden.

Freilich könnte nun *Albert* darauf hinweisen, dass unter den modernen Bedingungen der Grossproduktion der Besitzer von Produktionsmitteln diese durch seine eigene Arbeitskraft allein nicht in Gang halten kann und daher auf die Arbeitskraft anderer ebenso angewiesen sei, wie diese auf seine Produktionsmittel. Aber auch wenn wir von diesem «aufeinander angewiesen sein» ausgehen, zeigt sich, dass der Güterbesitz einen Vorsprung und damit eine Machtstellung einräumt, die durch den blossen Besitz von Arbeitskraft nicht gegeben ist. Denn derjenige, der nur seine Arbeitskraft besitzt, muss diese ständig verkaufen – Woche für Woche – um am Leben zu bleiben, und er muss sie an den Besitzer der Produktionsmittel verkaufen. Dieser jedoch steht infolge seines Besitzes an Gütern nicht unter einem so dringenden und so ständigen Druck, seine Produktionsmittel den Arbeitskräften zur Verfügung zu stellen. Er kann warten, und auch diese Ungleichheit im Wartenkönnen führt dazu, dass der Besitz eine Machtposition verleiht, nicht aber die blosse Arbeitskraft.

Wir sehen also, dass ein Blick in die Realität zeigt, dass es nicht bloss eine ideologische Verirrung ist, wenn man den Besitz von Produktionsmitteln, nicht aber den Besitz von Arbeitskraft als Machtposition bezeichnet, und dass man nicht einfach die Sätze, die sich auf eine Erkenntnis der realen Machtverhältnisse stützen, durch die Annahme einer formalen Symmetrie auf den Kopf stellen kann. Dass der von *Albert* auf den Kopf gestellte Satz¹ auch tatsächlich nicht zutreffend ist, soll an Hand einer anderen Stelle seines Artikels dargelegt werden, die ebenfalls die Gefahr einer bloss sprachanalytischen, statt einer realistischen Einstellung zeigt.

Albert stösst sich daran, dass *Preiser* von den Einnahmen der Produktionsmittelbesitzer sagt, dass sie zu Lasten des Einkommens gehen, «das an sich der Arbeit allein zukommen könnte².» Hier ist es das Wörtchen «könnte», das *Alberts* Kritik herausfordert. Denn entweder, so sagt er, hat dieses Wörtchen hier eine normative Bedeutung, was unzulässig sei, da *Preiser* ausdrücklich betont, dass er die Einkommensverteilung *erklären* will und normative Betrachtungen ausgeschaltet werden sollen. Oder aber man nimmt «das ‚könnte‘ . . . als Indiz für das Vorliegen einer rein möglichkeits-analytischen Aussage, so liesse sich *gleicherweise*³ die Konsequenz ziehen, dass der Lohn zu Lasten des Einkommens geht, das an sich den Besitzenden allein zufließen könnte².» Auch hier sehen wir wieder, dass *Albert* – vollkommen in sprachlichen Übungen befangen – keine Schwierigkeit sieht, die Aussage *Preisers* auf den Kopf zu stellen. Dieser Irrtum lässt sich aber sofort vermeiden, wenn man den Sinn des Wortes «könnte» aus dem behandelten Sachverhalt und nicht bloss aus sprachlichen Überlegungen ableitet. In dem Artikel *Preisers* hat das Wörtchen «könnte» nämlich weder normativen Charakter, noch ist es eine möglichkeits-analytische Spielerei⁴, sondern

¹ Siehe oben S. 2.

² A. a. O. S. 223.

³ Von mir hervorgehoben.

⁴ Wie etwa wenn ich sage: «Statt des Hauses da drüben könnte man auch ein Denkmal errichten.»

es ist ein Hinweis auf einen prinzipiellen funktionellen Unterschied zwischenachteinkommen und Leistungseinkommen.

In einem stetig ablaufenden Wirtschaftsprozess *muß* die Arbeit entlohnt werden, aus dem einfachen Grund, weil sie sich nur durch ein Einkommen regenerieren und damit weitere Arbeitsleistungen zur Verfügung stellen kann. Darüber hinaus ist für Menschen, wie wir sie kennen, Arbeit nicht immer reine Lust, und es ist daher – wenn wir von Sklaven absehen – eine Bezahlung auch deshalb *notwendig*, um sie dazu zu bringen, die nötigen Anstrengungen auf sich zu nehmen. Besitzeinkommen (nach Abzug von Amortisationskosten, Reserven usw.) ist jedoch in keinem Sinn ein *notwendiges* Einkommen. Es entspringt einzig und allein der Institution des Privateigentums und der Machtposition, die dieses schafft. Wird das Privateigentum abgeschafft, so verschwindet das Besitzeinkommen¹, ohne dass deshalb der Fortgang der Produktion gefährdet wäre. Blickt man daher wieder auf die Realität statt bloss auf die Worte, so sieht man, dass das Einkommen sehr wohl – wie *Preisler* feststellt – der Arbeit allein zukommen, nicht aber – wie *Albert* behauptet – *gleicherweise* den Besitzenden allein zufließen könnte.

Meiner Meinung nach geht aus dem Gesagten hervor, dass *Alberts* Versuch, mit sprachanalytischen Mitteln in *Preislers* Arbeit ideologische Verirrungen aufzudecken, nicht geglückt ist. *Albert* bleibt an einzelnen Worten und Formulierungen hängen, ohne die Aussagen mit der Wirklichkeit zu konfrontieren. Dadurch bleibt er im Formalen stecken und kann jeden Satz in sein Gegenteil umkehren, ohne einen Maßstab dafür zu haben, ob dies sinnvoll ist oder nicht. Skepsis gegenüber dem Missbrauch von Worten und gegen ideologische Taschenspielertricks ist sicher angezeigt. Aber man darf das Spiel nicht auf die Spitze treiben und schliesslich vor lauter Sprachanalyse die Wirklichkeit vergessen. Aber das Problem endet hier noch gar nicht. Ich kann mich nicht des Gefühls erwehren, dass viele der sprachanalytischen Kritiker, die so stolz ausziehen, alle ideologischen Hintergründe aufzudecken, oft Opfer ihrer eigenen Ideologie sind und – bewusst oder unbewusst – dort mit besonderer Schärfe gegen Worte und Satzbau zu Felde ziehen, wo die Tatsachen, die durch diese Worte und Sätze vermittelt werden, ihren langgehegten Vorstellungen zuwiderlaufen.

¹ So wie etwa die Mauten als Einkommen verschwanden, nachdem die Strassen nicht mehr als Machtposition und Einnahmequelle zugelassen wurden.